

Vortrag von Leopold Gratz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wien, 27. November 1985)

Legende: Am 27. November 1985 hält der österreichische Außenminister Leopold Gratz in Wien eine Rede über die Schwerpunkte des dritten Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und hebt die konkreten Beiträge Österreichs zu einigen Aktionen der KSZE hervor.

Quelle: GRATZ, Leopold. Vortrag über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vor dem Wiener KSZE-Treffen vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen am 27. November 1985. Wien: Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Abteilung Presse und Information, 1985.

Urheberrecht: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vortrag_von_leopold_gratz_uber_sicherheit_und_zusammenarbeit_in_europa_wien_27_november_1985-de-c7defe65-30fd-48b2-b6c9-59d9cbf5a064.html

Publication date: 04/09/2012

Vortrag von Leopold Gratz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wien, 27. November 1985)

Die ganze Welt steht unter dem Eindruck des Genfer Gipfeltreffens. Die Medien haben die Bedeutung des Ereignisses erkannt - es hat zu Recht die Nachrichten und damit das öffentliche Bewußtsein dominiert. Es herrscht allgemein Erleichterung darüber, daß nach langer Zeit der Dialog wieder aufgenommen wurde und daß man offen und ausführlich miteinander gesprochen hat. Ich teile diese Stimmung und halte das für einen guten und wesentlichen Schritt.

Aus diesem Bild der zwei Staatsmänner, die miteinander über das Schicksal der Welt gesprochen haben, sind wieder neue Befürchtungen entstanden; daß nämlich zwei Männer bzw. Staaten über die Köpfe der Betroffenen hin agieren und sich die Welt mit ihren Problemen irgendwie aufteilen wollen.

Die Großmächte haben es schwer: sprechen sie nicht miteinander, dann wirft man ihnen vor, der Welt ihr Klima der Konfrontation aufzuzwingen. Kommen sie dann aber endlich doch ins Gespräch, dann verdächtigt man sie des Bestrebens, ihr Kondominium über die Welt ausbreiten zu wollen.

Eines jedenfalls ist sicher: Die Welt gehört nicht ausschließlich den beiden Supermächten; sie ist unsere Welt ebenso wie die der übrigen kleinen und mittleren Staaten.

Für Staaten unserer Größenordnung ist die Weltordnung vorgegeben. Was wir aber versuchen können, ist, dazu beizutragen, daß es in dieser Welt eine gewisse Vorhersehbarkeit gibt, gewisse formelle und informelle Regeln, an denen wir uns orientieren. Während wir uns selbst Vorhersehbarkeit und Stetigkeit vor allem in der Außenpolitik als Maßstab auferlegen, müssen wir daran interessiert sein, daß eben diese Vorhersehbarkeit und Stetigkeit so gut wie möglich weltweit existiert.

Ein wichtiger Versuch, solche Vorhersehbarkeit und Stetigkeit in unserer eigenen Region, in Europa, zu fördern, ist der sogenannte Helsinki-Prozeß. Darüber, nämlich über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die KSZE, mochte ich heute ausführlich sprechen.

Gerade uns Österreichern ist bewußt, daß Europa sich nicht auf Westeuropa beschränkt. Uns ist ebenso bewußt, daß die politische, militärische und ideologische Trennung Europas in zwei Lager das Bewußtsein einer gemeinsamen Kultur und Identität beeinträchtigt. Die Trennung dauert nun schon sehr lange, aber vielleicht sollte man sich auch hier die historischen Perspektiven bewahren:

Trotz aller Grenzen, Pakttrennungslinien und Verschiedenheiten der Systeme haben die KSZE-Staaten viel Gemeinsames: gemeinsame politische Traditionen, ein gemeinsames kulturelles Erbe; Regionalprobleme, die quer durch Systemunterschiede gehen. Österreich, das an zwei NATO-Staaten, an zwei Warschauerpakt-Staaten, zwei Neutrale und einen Blockfreien grenzt, liegt inmitten des breiten Spektrums ein und desselben Europas. Die österreichische Nachbarschaftspolitik war seit je her darauf ausgerichtet, möglichst viele Bereiche möglicher Zusammenarbeit zu finden. Sie ist von der Erkenntnis geprägt, daß gemeinsame Probleme und Aufgaben gemeinsame Problemlösungen erfordern.

Diese Politik ist von Vorteil für die Menschen in Österreich und für die Menschen in seinen Nachbarstaaten. Österreich glaubt, daß diese Politik darüber hinaus von Vorteil für alle Staaten ist, die Verantwortung für das Schicksal Europas tragen. Die großen Probleme der Gegenwart sind nur gemeinsam zu lösen.

Eine integrierte Ost-West-Politik erfordert eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung mit anderen politischen und sozialen Ideen und Modellen. Österreich als pluralistische Demokratie hat hier keine Berührungängste. Wir glauben an die Nützlichkeit und Sinnhaftigkeit einer friedlichen Konkurrenz der Ideen. Eine solche Konkurrenz ist jedoch nur möglich in einem Klima des Dialogs, des gegenseitigen Respekts und der Kooperation.

Trotz aller Polemik, von der der sicherheitspolitische Aspekt des Ost-West-Verhältnisses seit Beginn der 80er Jahre geprägt ist, hat sich dieser Bereich bisher als stabil und krisenfest erwiesen. Dies sollte jenen

Recht geben, die, wie Österreich, der Meinung sind, daß nicht mehr und neue Waffen, sondern mehr Vertrauen und Berechenbarkeit den Frieden sichern. Natürlich kann die Entspannung in Europa allein den sicherheitspolitischen Bereich nicht stabilisieren. Die europäische Entspannungspolitik sollte daher nicht mit Problemen belastet werden, die nur die beiden Supermächte in ihrem bilateralen Verhältnis wirklich bewältigen können. Intensive Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung zwischen USA und Sowjetunion müssen jedenfalls jede integrierte Entspannungspolitik begleiten.

In Österreich gibt es keine Enttäuschung über die Entspannungspolitik als Ganzes; es gibt vielmehr die Erkenntnis, daß Fortschritte in den einzelnen Bereichen des Ost-West-Verhältnisses mit ganz unterschiedlicher Geschwindigkeit eintreten.

Aus österreichischer Sicht geht es nicht um eine "Wiederbelebung der Entspannung", sondern um die Frage, wie eine gemeinsame europäische Kooperationspolitik aller 35 KSZE-Staaten zur Bewältigung gemeinsamer Probleme entworfen und gleichzeitig Fortschritte in allen durch die KSZE-Schlußakte berührten Bereichen des Ost-West-Verhältnisses gewährleistet werden können. Darin liegt nun die große Bedeutung des in einem Jahr in Wien beginnenden Dritten Folgetreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das Wiener Treffen wird in einer besonders schwierigen Phase des Ost-West-Verhältnisses und auch des KSZE-Prozesses insgesamt stattfinden. Durch den seit Ende der 70er Jahre zunehmenden Spannungszustand zwischen den beiden Militärblöcken und durch das Verhalten bestimmter Staaten im zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Bereich hat der KSZE-Prozeß an Dynamik verloren. Das muß man einmal offen und ehrlich sagen. Die Belastung durch zahlreiche Verletzungen bzw. Nichtbeachtung des gemeinsam in der KSZE Vereinbarten haben mancherorten sogar Zweifel am Sinn des Prozesses aufkommen lassen.

Wir müssen uns daher die Frage stellen, wie kann das Wiener Folgetreffen diese Mängel beheben, wie kann es zur Belebung des KSZE-Prozesses beitragen? Die Antwort ist formell einfach: Erfolgreiche Durchführung des Treffens mit möglichst umfassender Erfüllung der Aufgabenstellung, die die Schlußakte für alle Folgetreffen vorsieht, das heißt eine kritisch-sachliche Bilanzziehung und die Vereinbarung neuer Maßnahmen zur Stärkung der Entspannung und zur intensiveren Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Die vorhandenen Gegensätze in den Ost-West-Beziehungen und insbesondere jene, die sich bei der Interpretation und Implementierung der Schlußakte zeigen, sind freilich ein Hindernis für einen derartig "bilderbuchartigen" Verlauf des Wiener Folgetreffens.

Realistischerweise wird man daher einen schwierigen Verlauf des Wiener Folgetreffens erwarten müssen. Wesentlich ist aber, daß es zu Ergebnissen kommt und daß diese trotz aller Kompromißhaftigkeit konkrete Aussagen und Vereinbarungen enthalten, die den KSZE-Prozeß insgesamt stärken und dynamisieren. Hiefür ist der politische Wille aller Teilnehmerstaaten wesentlich, den gemeinsam begonnenen Prozeß trotz - oder gerade wegen - der existierenden Divergenzen fortzusetzen.

Notwendig ist also ein konstruktiver Geist für gemeinsame Bemühungen um den Abbau der Spannungen und um mehr Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedarf es eines besonderen Maßes an gegenseitiger Toleranz, an Bemühungen, die Sachzwänge, die das Verhalten der einzelnen Staaten bestimmen, besser zu verstehen. Darunter verstehe ich aber keineswegs eine Toleranz des bewußten, weil politisch opportunen Übersehens grober Mißachtungen der von der KSZE festgelegten Verhaltensnormen.

Wir sehen die Aufgabe des Folgetreffens in Wien nicht darin, schon in Helsinki und Madrid Vereinbartes zu wiederholen oder neu zu formulieren. Alles, was für ein friedvolles und gutnachbarliches Zusammenleben in Europa notwendig ist, ist bereits in der Schlußakte ausgesagt. Nun gilt es, das alles in die Tat umzusetzen.

Aus offenkundigen Gründen ist dies in vielen Bereichen nicht sofort und auch nicht direkt zu erreichen. Den Folgetreffen erwächst die Aufgabe, Maßnahmen zu vereinbaren, durch die eine bessere Verwirklichung der Schlußakte - wenn notwendig über Zwischenstationen, Katalysatoren, ja sogar Umwegen - erreicht werden kann.

Es erscheint mir notwendig, die KSZE aus ihrer eher normativen Phase der ersten zehn Jahre in eine stärkere operative Phase überzuführen. Damit ist nun nicht unbedingt an die Schaffung einer Organisation, von Sekretariaten etc. gedacht, sondern an alle Maßnahmen, die auch ohne institutionellen Rahmen von den Teilnehmerstaaten gesetzt werden können und sich im Verhältnis zur Schlußakte operativ, d. h. sie realisierend auswirken.

Das in Madrid als wesentliches Element der Weiterführung des KSZE-Prozesses auf dem Wege nach Wien vereinbarte Budapest Kulturforum ist soeben erst zu Ende gegangen, und zwar - trotz sehr intensiver Bemühungen vor allem des österreichischen Delegationsleiters - leider ohne Vereinbarung eines Schlußdokuments. Dennoch werten wir diesen erstmalig stattgefundenen Dialog von führenden Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben der 35 Teilnehmerstaaten durchaus positiv. Das Kulturforum hat jedenfalls eine Reihe sehr konkreter Anregungen gebracht, die jetzt evaluiert und in Wien weiter verfolgt werden sollten.

In Stockholm stehen wir erst vor dem Beginn konkreter und intensiver Verhandlungen und ein ganz wichtiges, ebenfalls in Madrid vereinbartes Expertentreffen steht noch aus, nämlich jenes, das im Frühjahr nächsten Jahres in Bern zum Thema der menschlichen Kontakte stattfinden wird.

Lassen Sie mich dennoch zu einzelnen KSZE-Bereichen einige österreichische Ideen sozusagen demonstrativ ansprechen; durchaus in der Absicht, für das Wiener Folgetreffen Denkanstöße zu geben:

Die erste Phase der Stockholmer KVAE, also der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, wird zu Beginn des Wiener Folgetreffens unterbrochen, damit in Wien, wie es im Madrider Mandat heißt, die Fortschritte bewertet werden können. Das Wiener Folgetreffen soll sodann über den Übergang auf die 2. Phase (die der eigentlichen Abrüstung in Europa gewidmet sein soll) befinden. Das bedeutet, daß man sich in Wien sehr eingehend über den Verlauf und Ergebnis der Stockholmer Konferenz auseinandersetzen muß und beraten wird, "wie es weitergehen soll". Wenn man vom gegenwärtigen Konferenzstand das mögliche Ergebnis der KVAE bis Herbst 1986 prognostiziert, so scheint ein gutes, wenn vielleicht auch bescheidenes Resultat möglich. Es könnte aus einer Reihe von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und einer politisch verbindlichen Wiederbekräftigung des Gewaltverzichts bestehen. Auf dieser Grundlage sollte nach unserer Ansicht eine Fortsetzung der ersten KVAE-Phase nach Abschluß des Wiener Treffens mit einem ergänzten Mandat beschlossen werden. Diese Ergänzung oder Erweiterung sollte derart sein, daß man näher an die Phase II, d. h. also an Abrüstungsmaßnahmen im eigentlichen Sinne heranrückt.

Ich bin zuversichtlich, daß das vor knapp zwei Wochen in Stockholm eingebrachte Positionspapier der Neutralen und Paktungebundenen kurz N + N genannt, ganz wesentlich zu einem erfolgreichen und vor allem rechtzeitigen Abschluß der derzeitigen Stockholmer Verhandlungen beitragen kann. Das N + N - Papier enthält alle wesentlichen Elemente: Ankündigung und Beobachtung von militärischen Aktivitäten; Aufbau eines Netzes rascher Kommunikation für gegenseitigen militärischen Informationsaustausch; Beschränkungen militärischer Aktivitäten und Bekräftigung des Gewaltverzichtsprinzips. Alle vertrauensbildenden Maßnahmen sollen überprüfbar gemacht werden; gerade in diesem Bereich bringen die Neutralen und Paktungebundenen neue Gedanken ein, die das dornige Gestrüpp der Verifikation leichter passierbar machen sollen.

Überaus wichtig für Wien wird es sein, den gesamten Komplex der menschlichen Dimension des KSZE-Prozesses (Menschenrechte und Korb III) sehr ausführlich zu diskutieren und die in diesem Bereich stattgefundenene Entwicklung einschließlich der abgehaltenen Expertentreffen aufzuarbeiten. Auf der Grundlage dieser Analyse sollten neue Maßnahmen zur besseren Durchführung bzw. Einhaltung aller einschlägigen Bestimmungen vereinbart werden. Die von Frankreich kommende Anregung der Abhaltung einer Sonderkonferenz über Fragen der Familienzusammenführung wird von Österreich unterstützt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort zu der im heurigen Frühjahr in Ottawa abgehaltenen Konferenz über Menschenrechte. Viele - und auch ich - beklagen, daß diese Konferenz ohne konkretes Ergebnis im Sinne eines Abschlußdokumentes geblieben ist.

Was es aber dennoch bei dieser Konferenz gegeben hat, war eine sehr breite und offene Diskussion, die viele geführt und miterlebt haben. Die Staaten konnten sich ihr nicht einfach durch den Hinweis entziehen, daß es sich dabei um ihre internen Angelegenheiten handelt; und so hat man einander sehr offen mangelnde Achtung der bürgerlichen und politischen Rechte auf der einen Seite vorgehalten und soziale Probleme, wie Armut und Arbeitslosigkeit, auf der anderen.

Insgesamt hat somit erstmals so etwas wie ein Dialog zu diesen schwierigen, weil stets ideologisch belasteten Fragen, stattgefunden. Auf diesem Dialog, dieser Gesprächsbereitschaft, müssen und können wir aufbauen, denn - wie gesagt - ein Argument, nämlich das der angeblichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten, wird nach Ottawa in Zukunft nicht mehr verwendet werden können.

Auch der Verlauf des kürzlich in Budapest stattgefundenen Kulturforums wird wichtiger Beratungsgegenstand für das Wiener Folgetreffen sein. Die Grundidee dieses Forums war, einen möglichst freien, spontanen Meinungs austausch zwischen Persönlichkeiten des kulturellen Lebens aus allen KSZE-Staaten über Fragen des kulturellen Schaffens, der Verbreitung und der Zusammenarbeit zu gestalten.

Zu diesem Meinungs austausch, wenn auch nicht in der vollen gewünschten Spontaneität, ist es in Budapest nicht zuletzt dank der hervorragenden Organisation und Gastfreundschaft Ungarns gekommen. Unerwartet viele Ideen für eine freiere und verstärkte kulturelle Zusammenarbeit sind lanciert und in konkrete Vorschläge gegossen worden.

Diesem an sich sehr positiven Verlauf des Kulturforums ist aber letztlich das versagt geblieben, was ein klares Erfolgsresultat bedeutet hätte: die Annahme eines Schlußdokuments; für ein solches lag dem Forum ein N + N - Entwurf primär aus der Feder der österreichischen Delegation vor, der der Zustimmung vieler Delegationen aus Ost und West sicher sein konnte. Daß schließlich trotz eines von allen Seiten besonders gewürdigten Einsatzes der österreichischen Delegation kein Konsens möglich war, liegt wohl nur vordergründig in der zwischen Ost und West unterschiedlichen Auslegung des Begriffes "Freiheit der Kultur".

Maximalistische Forderungen bestimmter westlicher Delegationen und - offen gesagt - Mangel an Flexibilität bei bestimmten östlichen Delegationen ließen keine Vereinbarung über einen Schlußbericht zu. In österreichischen Augen mindert dies den Erfolg der Abhaltung des Forums, das einen neuen Dialogbeginn im kulturellen Leben Europas darstellt, nur wenig. Negativer erscheint das Fehlen eines Schlußberichts im Hinblick auf die gesamte KSZE. Es ist zu befürchten, daß Expertentreffen wie Ottawa und Budapest, die keinen Bericht an das nächste Folgetreffen liefern können, dieses Folgetreffen dadurch belasten, daß die Frage des Sinnes solcher Expertentreffen generell aufgeworfen wird.

Es wird Aufgabe des Wiener Treffens sein, die Materie der einzelnen Zwischenveranstaltungen, so auch des Forums, aufzuarbeiten, den Verlauf und die Gründe für das Ausbleiben vollen Erfolges zu analysieren und Antwort auf die dadurch aufgeworfenen Fragen zu geben.

Das Ergebnis des Kulturforums hat neuerlich klar gemacht, daß bei dem Wiener KSZE-Folgetreffen ganz wesentliche Fragen der multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ost und West behandelt werden müssen. Das Wiener Folgetreffen wird sich also mit der Zukunft der KSZE in viel entscheidenderer Weise auseinandersetzen müssen als dies bei vergangenen Treffen der Fall gewesen war.

Ein Bereich erscheint mir persönlich für das Wiener Treffen besonders erwähnenswert: die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz, also im sogenannten Korb II, die im Folgeprogramm zwischen Madrid und Wien etwas vernachlässigt werden ist. Dies gilt es umsoweniger wettzumachen, als wertvolles Potential gesamteuropäischer Zusammenarbeit gerade in diesen so wichtigen und sich ständig entwickelnden Sektoren ruht. Auch hier sollte das operative Element im Mittelpunkt stehen.

Konkrete Zusammenarbeit beispielsweise in bestimmten Bereichen des Umweltschutzes, des Transportwesens und betreffend den Abbau von Handelshemmnissen sollten vereinbart werden. Für eine

Belebung des Warenverkehrs könnte man beispielsweise an eine besondere Veranstaltung, eine Art Seminar oder Symposium oder ein Wirtschaftsforum nach dem Modell des Budapester Kulturforums denken, an der neben Regierungsvertretern auch Wirtschaftsmanager, also Fachleute aus der Praxis, teilnehmen. Zu den etwas vernachlässigten Teilen gehört auch das Thema Informationsaustausch. Verstärkt sollte sich das Wiener Treffen mit dieser Frage, die ähnlich wie die Menschenrechte durch die ideologische Belastung sehr sensibel ist, befassen.

Das Wiener Folgetreffen wird des weiteren Maßnahmen zu vereinbaren haben, die das Funktionieren des Folgemechanismus auch für die Zukunft sicherstellen. Neben der Festlegung eines weiteren Folgetreffens wird es um ein Programm bis zu diesem 4. Folgetreffen gehen. Sehr eingehend wird hier die Frage zu prüfen sein, für die Österreich heute noch keine maßgeschneiderte Antwort bieten kann, nämlich ob die bisherige Struktur des Folgeprogramms mit Expertentreffen und Seminaren der Regierungsvertreter fortgesetzt werden oder auch neue Wege beschritten werden sollen.

Derart wird es dem Wiener KSZE-Folgetreffen nicht an Diskussionsstoff fehlen. Wie die Debatte und die Verhandlungen verlaufen werden, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Das positive amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Genf rückt das Ost-West-Barometer auf "veränderlich bis schön"; davon sollte auch der KSZE-Prozeß profitieren. Österreich jedenfalls wird um eine optimale Erfüllung der ihm zufallenden Gastgeberrolle bemüht sein. Für Österreich ist es eine politische Aufgabe, zunächst und zuvorderst daran mitzuwirken, daß der Frieden in Europa erhalten bleibt und der KSZE-Prozeß ist dazu ein überaus wichtiges Instrument.

Alle Staaten sollten sich die geistigen Grundlagen des KSZE-Prozesses in Erinnerung rufen. Ich habe bereits gesagt, man will nur über das sprechen, was noch nicht erfüllt wurde, und was wir noch nicht erreicht haben. Aber wenn Sie sich die politische Geschichte Europas in den letzten Jahrhunderten ansehen, dann ist es für einen Europäer schon sehr erfreulich festzustellen, daß - wann von den Krisengebieten der Welt die Rede ist - Europa nicht mehr genannt wird. In Helsinki ist vor zehn Jahren nicht Utopia ausgerufen worden. Die 35 Teilnehmerstaaten haben vielmehr sehr realistisch die gemeinsamen Vorteile von Dialog und Zusammenarbeit gegenüber dem Zustand der Konfrontation erkannt und einen Prozeß in Gang gesetzt, der zu einer echten Friedensordnung für Europa führen soll.

Natürlich verlangte und verlangt dieser Prozeß Anpassungen von allen Staaten:

Er verlangte die Einsicht, daß alle Staaten einen gleichen Anspruch auf Sicherheit haben und kein Staat einen erhöhten Sicherheitsstatus verlangen oder erwarten darf.

Er verlangte und verlangt das Verstehen, daß die Beziehungen der Staaten dann dauernd verbessert werden können, wenn das Wohl der Einzelmenschen in die Entwicklung eingeschlossen ist.

Er verlangt den politischen Willen zum Übergang von der bloßen Koexistenz zur Kooperation auf möglichst vielen Gebieten.

Der Prozeß muß und wird weitergehen, weil es im Interesse der Menschen unseres Kontinents keine Alternative gibt.

Wir werden mit all unserer Kraft gerade im Hinblick auf die bevorstehende KSZE-Konferenz in Wien für dieses Ziel arbeiten.